

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 4/2020

2. November 2020



## Liebe Leserinnen und Leser,

wir stehen am Beginn eines zweiten Lock-Downs. Nachdem die Sommermonate das Infektionsgeschehen eingebremst haben, bringen nun die kälteren Monate und das Zurückziehen in geschlossene Räume eine massive Ausbreitung des Virus mit sich. Das war vorauszusehen. Man hätte hier viel früher wirksame Konzepte und Szenarien erarbeiten können. Vor allem hätte man diese Maßnahmen in den Parlamenten diskutieren können und müssen, und zwar bevor man sie anordnet. Wo, wenn nicht in den Parlamenten, sollen Argumente ausgetauscht und um die richtigen Schritte gestritten werden? Hier haben wir letzte Woche gezeigt, wie wichtig Oppositionsarbeit ist. Denn wir waren es, die diese dringend notwendige Diskussion in den Landtag gebracht haben, wo am Freitag in einer Sondersitzung über die von der Bundeskanzlerin gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder beschlossenen Maßnahmen debattiert wurde.

Wir haben eine weltweite Ausnahmesituation, die uns als Gesellschaft herausfordert und Enormes abverlangt. Scharfe Einschnitte in die Grundrechte und die persönliche Freiheit der Menschen sind nötig, um das Infektionsgeschehen abzubremsen. Wir müssen dabei den Menschen zeigen, dass unsere demokratischen Prozesse auch in der Krise funktionieren. Demokratie darf nicht durch Pandemie ersetzt werden. Nur so können wir den Menschen unser Handeln erklären und begründen. Wir müssen unsere Entscheidungen deutlich und nachvollziehbar kommunizieren. Wir müssen weg vom bisherigen Regelungswirrwarr. Die getroffenen Maßnahmen müssen fair, einheitlich und wohlbegründet sein. Sie müssen aber auch konsequent kontrolliert und bei Nichtbeachtung sanktioniert werden. Was wir nicht brauchen, sind

Symbolpolitik und ordnungspolitische Schnellschüsse, die von Gerichten umgehend wieder kassiert werden, die keiner versteht und deswegen wenig Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Das wäre verheerend für die Glaubwürdigkeit der Politik und vor allem für den Verlauf der Pandemie. Wir müssen es uns schwerer machen mit unseren Entscheidungen. Der erneute Lock-Down bedroht viele Betriebe und Selbstständige, besonders in der Gastronomie, im Kunst- und Kulturbereich und im Dienstleistungssektor. Mit den Schließungen werden Existenzen bedroht und das, obwohl sich hier die meisten vorbildlich an die vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen gehalten und dafür viel Geld investiert haben. Hier hätte ich mir mehr Augenmaß und Differenzierung gewünscht. Dank eines handlungsfähigen Staates und eines schnell agierenden Bundesfinanzministers können aber zumindest die schlimmsten Härten im November abgefedert werden. Aber wir brauchen Lösungen darüber hinaus. Und auch das Land muss seiner Verantwortung nachkommen.

Gut ist, dass wir unsere Kitas und Schulen nicht wieder schließen. Das Frühjahr hat gezeigt, wie wichtig unsere Bildungseinrichtungen gerade für Kinder und Jugendliche aus finanziell schwächeren und bildungsferneren Familien sind. Den Dank verdienen hier die Erzieherinnen und Erzieher, Schulleitungen und Lehrkräfte, die den Betrieb in diesen schwierigen Zeiten aufrechterhalten. Abermals geht meine scharfe Kritik an die Kultusministerin, die außer Mund-Nasen-Schutz und regelmäßiges Lüften keinerlei konkrete Antworten liefert, was geschehen soll, wenn die Infektionszahlen weiter steigen.

Wenn wir diese Krise bewältigen wollen, müssen wir die Menschen mitnehmen. Appelle reichen nicht. Wir müssen unser Verhalten ändern, wenn wir die Welle brechen wollen. Auch wenn es schwerfällt, so gilt es, vorerst unsere Kontakte weitestgehend einzuschränken. In diesem Sinne bitte ich um Eure Unterstützung und wünsche auch heute wieder eine interessante Lektüre zu meiner Arbeit im Landtag und im Wahlkreis.

Euer Andreas Stoch

## Blockade Ganztagsförderung

In der 127. Sitzung am 30. September diskutierte der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Debatte, beantragt von der SPD-Fraktion, über die Blockadehaltung der Kultusministerin bei der Bundesförderung für den Ausbau der Ganztagschulen.

„Es ist enorm, was unsere Kommunen leisten, um vielfältige Ganztagsangebote auf die Beine zu stellen und damit mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen“, betont **Daniel Born**, Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport des Landtags.

„Die Kommunen haben damit geschaffen, was die Eltern dringend brauchten, während die CDU sie komplett im Regen hat stehen lassen. Weil ihre schwarze Ideologie wichtiger war, machte die CDU gar nichts. Und Frau Eisenmann erklärt nun das Nichtstun zum Handeln und lässt sich feiern dafür, dass sie eine Vereinbarung mit dem Bund nicht unterschreibt.“ Das Ergebnis sei Kopfschütteln in der ganzen Republik und quer durch das demokratische Parteienspektrum. Der Bund stelle 750 Millionen Euro für den Ausbau der Ganztagschulen zur Verfügung, knapp 98 Millionen Euro für Baden-Württemberg, und lasse den Ländern dabei so viel Freiheit wie möglich. „Aber Frau Eisenmann behauptet, dass der Bund damit den Zwang zum gebundenen Ganztags fördern wolle. Aber laut Vereinbarung können gebundene, teilgebundene und auch offene Ganztagschulen gefördert werden. Anstatt den Einrichtungen endlich die dringende Hilfe für den Ganztagsausbau zu gewähren, betreibt die Kultusministerin Wahlkampf und befriedigt ihre Wählerklientel. Das ist eine Geisterfahrt gegen den gesunden Menschenverstand, gegen den Ganztags und auch gegen ihre eigenen Forderungen als frühere Stuttgarter Schulbürgermeisterin. Ihre tiefkonservative Ideologie stellt nicht nur der Ganztagsbetreuung ein Bein, sondern auch der Gemeinschaftsschule, der Inklusion oder dem Ethikunterricht.“ Überall, wo Innovation notwendig sei, sehe Frau Eisenmann „rote“ Politik.

„Gute Bildungspolitik aber geht nicht von Parteideologie aus, sondern vom Kind, das im Mittelpunkt steht.“ Born wirft der Kultusministerin vor, den Schulen die notwendige Förderung zu verbauen, um mehr und bessere Bildungschancen zu schaffen. Er fordert, dass die Landesregierung hier endlich Verantwortung übernehmen und nicht Panik schieben solle wegen der Folgekosten, wenn offene Ganztagschulen unter Schulaufsicht gestellt würden. „Die SPD will, dass das Land als bildungspolitischer Partner der Kommunen Verantwortung übernimmt. Das ist das krasse Gegenstück zur bildungspolitischen Geisterfahrt von Frau Eisenmann!“

## Zweiter Nachtragshaushalt

Ebenfalls in der Sitzung am 30. September verabschiedete der Landtag nach kontroverser Diskussion den zweiten Nachtrag zum Landeshaushalt 2020/2021 mit den Stimmen der Regierungsfractionen. (Auszug aus meiner Rede)

„Es ist richtig und notwendig, jetzt viel Geld in die Hand zu nehmen. Baden-Württemberg steht vor besonders großen Herausforderungen und hat besonders viel zu verlieren. Aber das geht nicht so, wie Grün-Schwarz das jetzt vorhat. Wichtige rechtliche Regeln werden nicht eingehalten, denn vor einer Neuverschuldung muss zuerst im bestehenden Haushalt nach Mitteln gesucht werden. Das Land sitzt auf 6,4 Milliarden Euro an Haushaltsresten, von denen viele nicht gebunden sind. Zweifelhaft ist auch, dass die Landesregierung weiterhin auf den Ausnahmezustand der Naturkatastrophe setzt. Tatsächlich haben wir aber jetzt genau die Situation, in der die Schuldenbremse eine Zweidrittelmehrheit im Landtag fordert. Diese Mehrheit wäre für nötige Corona-Hilfen auch da. Warum also fährt die Landesregierung diesen Kurs? Mit Zwang zur Eile kann sie nicht argumentieren, wenn sie sich fast bis Oktober Zeit gelassen hat. Viele Haushaltsposten haben wenig bis gar nichts mit Corona und seinen Folgen zu tun, beispielsweise die Hilfen für ForstBW - Bäume stecken sich nicht mit Covid19 an. Auch Biogasanlagen oder Schritte gegen die afrikanische Schweinepest können nicht als Corona-Hilfen finanziert werden. Es bleibt ein übles Geschmäckle, dass hier manches politische Lieblingsprojekt finanziert werden soll - bequem und am Parlament vorbei unter dem Deckmantel der Corona-Hilfe. Es gab schon einmal dubiose Nebenabsprachen in dieser Regierung und wir werden das auch jetzt juristisch prüfen. Und wo geht es in den 147 Haushaltstiteln eigentlich um die Menschen im Land? Um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um Familien, um Schülerinnen und Schüler, um alte Menschen in Pflegeheimen, um Selbstständige, die um ihre Existenz fürchten müssen? Nötig ist ein großer Wurf für die Arbeitsplatzsicherung, die Qualifizierung in der Kurzarbeit, ein Transformationskurzarbeitergeld. Nötig sind 1000 zusätzliche Lehrkräfte, ein Landesnachhilfeprogramm, um die unzureichenden Lernbrücken zu ergänzen. Nötig ist ein großes Programm zugunsten der Sozialwirtschaft sowie Hilfen für Kulturschaffende. Denken Sie an die Menschen in diesem Land und prüfen Sie bei jedem einzelnen Punkt genau, ob er wirklich etwas mit Corona zu tun hat oder nur Bedürfnisse der Regierungsfractionen erfüllt! Da draußen brennt die Bude - und mit all dem Geld müssen Sie löschen und nicht Ihre Blumen gießen!“

## Untersuchungsausschuss

In der 128. Sitzung am 14. Oktober brachten SPD und FPD/DVP den Antrag auf einen Untersuchungsausschuss auf den Weg, um das Debakel um den baden-württembergischen Pavillon auf der Expo in Dubai aufzuklären. (Auszug aus meiner Rede)

„Dieser Tage hätte die Expo in Dubai begonnen. Die baden-württembergische Wirtschaft hätte sich in ihrer Vielfalt und Innovationsstärke präsentieren können - als einzige Region neben den vielen Nationenpavillons. Das Land hätte lediglich für die Landesausstellung verantwortlich gezeichnet und hierfür 2,8 Millionen Euro investiert. Es ist nicht gelaufen wie geplant: Die Expo wurde wegen Corona auf Herbst 2021 verschoben. Dafür kann die Landesregierung nichts. Jedoch ist sie dafür verantwortlich, dass der Baden-Württemberg-Pavillon völlig ungeplant zum reinen Landesprojekt und der Landesbeitrag von 2,8 Millionen auf 15 Millionen Euro mehr als verfünffacht wurde. Es ist ein beispielloser Vorgang, dass das Land ungewollt einen Vertrag einging und danach ein externer Gutachter beauftragt werden musste, um rechtlich abzuklären, ob das Land tatsächlich Vertragspartner wurde und was man eigentlich alles unterschrieben hatte. Das ist peinlich und für den Steuerzahler teuer! Jedenfalls ist es ein krasses Missmanagement seitens der Landesregierung. Deshalb braucht es einen vertieften Blick darauf, was genau alles schief lief. Am Ende des Ganzen steht für uns die Entscheidung der Landesregierung vom 22. September 2020, an der Weltausstellung in Dubai im Herbst 2021 teilzunehmen und die Finanzierung zu tragen. Damit ist klar, dass es hier nicht darum geht, laufendes Regierungshandeln zu überprüfen. Kaum hatten SPD und FDP entschieden, einen Untersuchungsausschuss einrichten zu wollen, war die Regierung in Aufruhr und der Ministerpräsident gab dem Parlament Hinweise, was es dürfe und was nicht. Wie groß muss die Angst sein? Was gibts zu verbergen, wenn solche Geschütze aufgefahren werden, um eine Aufklärung der zurückliegenden Vorgänge zu verhindern? Insbesondere die Wirtschaftsministerin ist in Sorge, denn es gab in ihrem Haus Vorgänge, die am liebsten unter den Teppich gekehrt würden. Wir setzen heute diesen Untersuchungsausschuss ein, weil viele Fragen offen sind, die auch die Grünen interessieren dürften: Wie wurde das Projekt angebahnt? Welche Vereinbarungen zwischen Land und Projektgesellschaft bestanden? Wie kam es zur Berufung eines Commissioner General? Wurde im Vorfeld geprüft, welche Entscheidungsbefugnis er hat? Wie war die Leitungsebene des Ministeriums eingebunden? Was wusste die Wirtschaftsministerin?“

## Inklusives Wahlrecht

Ebenfalls am 14. Oktober wurde auf Initiative der SPD-Fraktion das Gesetz zur Einführung des inklusiven Wahlrechts beschlossen. Nach minimalen Änderungen stimmten alle Fraktionen, bis auf die AfD, dem Gesetzentwurf von SPD und FDP/DVP zu.



Foto: SPD-Landtagsfraktion

„Wir haben mit diesem Gesetz endlich die verfassungswidrigen Regelungen in unserem Wahlrecht in verfassungskonforme geändert“, unterstreicht **Sabine Wölfle**, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Es sei ein guter Tag für die Demokratie, so Wölfle, denn den ca. 6.000 Menschen mit Behinderung werde nun das Recht zu wählen nicht länger vorenthalten. Damit habe die SPD bewiesen, dass man auch aus der Opposition heraus Gesetze durchbringen kann, wenn auch mit Druck und mehreren Anläufen. Die SPD hatte sich schon frühzeitig für diese Gesetzesänderung eingesetzt, bereits vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. „Man hätte, wie in anderen Bundesländern auch, nicht so lange abwarten müssen. Das Gesetz entspricht den Grundsätzen der UN-Behindertenkonvention.“ Wölfle kritisiert, dass Grün-Schwarz sich vorerst nur zu einer Übergangsregelung durchringen konnte, bei dem die verfassungswidrigen Regelungen weiter bestanden und lediglich befristet ausgesetzt wurden. Sie kritisiert scharf, dass auf ein entsprechendes früheres Schreiben des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD, Reinhold Gall, allein die FDP reagiert habe. Die Regierungsfaktionen seien dann erst verspätet mit einem eigenen Entwurf, der nur minimale Änderungen aufwies, angetreten. Sie wirft Grün-Schwarz vor, die gesetzliche Änderung verschlafen zu haben. Oder konnten sich die Grünen hier nicht in der Koalition durchsetzen, hinterfragt Wölfle.

## Nominierung Landtagswahl 2021



Ich freue mich, dass ich wieder als Kandidat für die SPD in die Landtagswahl im März 2021 gehen darf, mit Maja Reusch als meiner Ersatzbewerberin. Im Heidenheimer Konzerthaus stimmten 55 von 56 Stimmberechtigten der Wahlkreismitgliederversammlung für mich, bei einer Enthaltung. Ich danke für das große Vertrauen, dass die Mitglieder in mich setzen, und hoffe trotz Corona-Pandemie auf einen erfolgreichen Wahlkampf, um mich auch zukünftig für unsere Partei und unseren Wahlkreis in Stuttgart und im Land starkmachen zu können.

## Besuch bei AWO-Migrationsberatung



Zum Aktionstag-Gespräch lud mich der AWO – Kreisverband Heidenheim ein. Ich durfte sowohl die neuen Räumlichkeiten in der Neuffenstraße, als auch den neuen Geschäftsführer Jens Brauer kennen lernen. Monika Reichenbach-Oetzel und Christine Schulten stellten die Arbeit der beiden kostenlosen Migrationsdienste der AWO vor. Der Jugendmigrationsdienst „jmd“ kümmert sich um die Belange junger Zugewanderter bis 26 Jahre. Die Migrationsberatung für Erwachsene „mbe“ hilft erwachsenen Zugewanderten, sich bei uns zu integrieren.

## Gerstetten baut Kitas aus

Der weitere Ausbau von Kindergartenplätzen ist ein zentrales Anliegen der Gemeinde Gerstetten. Die Kinderzahlen in Gerstetten steigen, deswegen braucht die Gemeinde mehr Kindergartenplätze. Mit dem neuen evangelischen Waldkindergarten am Waldfriedhof und dem Ausbau des katholischen Kindergartens St. Katharina ist man dem nachgekommen. Beide Einrichtungen durfte ich gemeinsam mit Bürgermeister Roland Polaschek, Hauptamtsleiter Markus Röhler und Claudia Matzkovits, zuständig für Kinderbetreuung im Gerstetter Rathaus, einen kurzen Besuch abstatten.



Vor allem das alternative Konzept des Waldkindergartens hat mir sehr gefallen. Mit seiner sonnigen Südhanglage bietet er den Kindern viel Platz zum Toben und unmittelbare Nähe zur Natur. Ich bin mir sicher, dass die derzeit für maximal 20 Kinder ausgelegte Einrichtung mit gemütlichem Holzwohnen und großer Terrasse guten Anklang finden wird. Das zweite Kita-Projekt befindet sich im architektonisch reizvollen alten Schulhaus an der Gartenstraße. Hier hat die Gemeinde die zweite Etage kindergartengerecht ausgebaut und so Platz für eine vierte Gruppe geschaffen. Bürgermeister Polaschek erklärte mir die weiteren Aus- und Umbaupläne für den Außenbereich, die durch den Kauf eines benachbarten Grundstücks ermöglicht werden. Ein weiteres dringendes Anliegen ist der Neubau des Gussenstadter Kindergartens, der durch einen irreparablen Wasserschaden nicht mehr nutzbar ist. Die Planung, Kita mit Turn- und Festhalle unter einem Dach zu vereinen, stößt allerdings auf Probleme bei den allzu streng gehandhabten Förderrichtlinien.

### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL  
Redaktion: Danjela Folberth  
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim  
Tel.: 07321/ 4 00 80  
E-Mail: [wahlkreisbuero@andreas-stoch.de](mailto:wahlkreisbuero@andreas-stoch.de)  
Internet: [www.andreas-stoch.de](http://www.andreas-stoch.de)